



LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

Ausgabe Februar 2019

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

aktuell haben wir in Niedersachsen gleich eine große Ansammlung von Themen, die entscheidend für die Zukunft unseres Landes sind und die uns vor große Herausforderungen und Veränderungen stellen. Die großen Überschriften lauten: Zukunft der Mobilität, Zukunft der Landwirtschaft, Zukunft der Nord/LB oder der Brexit.

Unglaublich fassungslos machen mich aber vor allem die Informationen über langjährigen Kindesmissbrauch wie in Lügde oder in der katholischen Kirche, die wir in dieser Woche auch im Landtag thematisiert haben. Hier darf es nicht die geringste Form des „Wegsehens“, sondern nur eine massive und konsequente Strafverfolgung geben. Wie kann man Kindern nur ein solches Leid beifügen?

Ihr

Kai Seefried

David McAllister kommt zum Politischen Aschermittwoch der CDU

Jork. Der CDU-Kreisverband Stade lädt zum Politischen Aschermittwoch am 6. März 2019 ins Fährhaus Kirschenland (Wisch 9, 21635 Jork) ein. Beginn der Veranstaltung ist um 19.00 Uhr. Bereits ab 18.30 Uhr werden die Gäste musikalisch durch das Himmelfortener Blasorchester eingestimmt. Der CDU Kreisverband freut sich, als Hauptredner des Abends den Spitzenkandidaten der CDU in Niedersachsen zur Europawahl und Europaabgeordneten David McAllister begrüßen zu können.

Die beliebte Veranstaltung mit launigen und nicht immer nur ernst zu nehmenden Reden wird bereits zum fünften Mal vom CDU-Kreisverband ausgerichtet. Neben der Festrede von David McAllister erwartet die Gäste ein weiterer Strauß an launigen und humoristischen Grußworten unter anderem von Landrat Michael Roesberg sowie Erwidierungen der Landtagsabgeordneten Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke.



Die CDU freut sich auf viele Gäste, gute Gespräche und ein lockeres Beisammensein bei Grünkohl, Bier und anderen Getränken. Der Kostenbeitrag für das Essen beträgt 16,50 € pro Person. Da die Anzahl der Plätze begrenzt ist, bittet die CDU um Anmeldung, entweder telefonisch unter 04141 51860 oder per E-Mail an veranstaltungen@cdu-stade.de.

Toepffer: Kompromiss zu §219a wird beiden Seiten gerecht: Recht auf Informationen der Frauen wird gewahrt - Schutz des ungeborenen Lebens wird nicht angetastet.



Hannover. „Wir sind mit dem nun beschlossenen Kompromiss zum §219a zufrieden. Dieser entspricht dem, was wir vorgeschlagen hatten. Das Recht auf Information der Frauen wird gewahrt und der Schutz des ungeborenen Lebens nicht angetastet. Damit wird dieser Kompromiss beiden Seiten gerecht“, erklärt der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Dirk Toepffer nach dem heutigen Beschluss des Bundestages. Die Politik könne sich bei so einem brisanten Thema nicht auf Radikalpositionen zurückziehen, sondern müsse kompromissbereit bleiben. Dies sei geschehen.

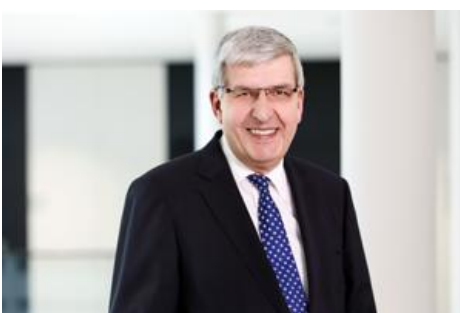
„Nach dem gefassten Beschluss sollen die Bundesärztekammer und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Kontaktinformationen zur Verfügung zu stellen, soweit die Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenhäuser eingewilligt haben. Mit der Novellierung des §219a wird rechtlich sauber ausformuliert, dass und wie Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenhäuser über die Tatsache informieren können, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen“, so Toepffer. Die Erstellung einer Liste von Ärztinnen und Ärzten, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen, sei in Zeiten des Internets überfällig. Dennoch werde auch zukünftig Werbung für Schwangerschaftsabbrüche verboten bleiben

Seefried und Dammann Tamke: Zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeit

Landkreis Stade. Die Landtagsabgeordneten Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke freuen sich, dass es mit dem ersten eigenen Haushalt der Großen Koalition nun möglich ist, zusätzliche Stellen für die Schulsozialarbeit zu schaffen. „Damit macht die Koalition deutlich, dass der Weg zur besseren Ausstattung unserer Schulen konsequent weitergegangen wird und unterstreicht auch, dass in allen Teilen Niedersachsens Bedarf an Schulsozialarbeitern besteht“, so Kai Seefried. Für den Landkreis Stade soll es an den Grundschulen Harburger Straße und Stieglitzweg in Buxtehude je eine volle Stelle für sozialpädagogische Fachkräfte geben, ebenso für das Gymnasium Athenaeum in Stade. Für die Gesamtschule Horneburg wird eine 75-Prozent-Stelle für Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt. Beide Abgeordnete betonen jedoch auch, dass die nun eingeleiteten Maßnahmen nur ein erster Schritt sein können. Dammann-Tamke: „Wir beschreiten hier in jedem Fall den richtigen Weg. Jedoch stehen wir noch ganz am Anfang dieses Weges, die nun zugewiesenen Stellen reichen noch nicht aus, um den Bedarf an sozialer Arbeit in schulischer Verantwortung zu decken.“



Hiebing: Politik muss kommunale Amtsträger und Ehrenamtliche schützen – Regierungskoalition beschließt 5-Punkte-Plan



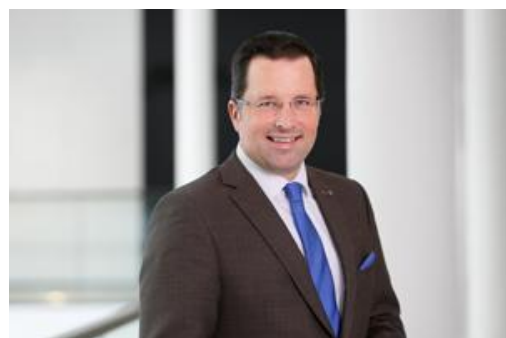
Hannover. Angesichts zunehmender Gewalt gegen kommunale Amtsträger und Ehrenamtliche in Niedersachsen haben CDU und SPD heute den von der CDU-Landtagsfraktion entwickelten 5-Punkte-Plan gegen Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt auf den Weg gebracht. In ihrem Entschließungsantrag fordern die Koalitionsfraktionen die Landesregierung unter anderem auf, Straftaten konsequent zu verfolgen, die Einführung eines Opferbeauftragten zu prüfen und die gewaltverhindernden Potentiale organisatorischer wie baulicher Maßnahmen in kommunalen Behörden zu untersuchen. Der bereits im vergangenen Jahr vorgestellte 5-Punkte-Plan verfolgt vor allem das Ziel,

die Wertschätzung für Amtsträger und Ehrenamtliche präventiv im Rahmen einer Image-Kampagne zu erhöhen und Betroffene zu ermutigen, Angriffe zur Anzeige zu bringen. „Die Hemmschwelle für Beleidigungen und Gewaltandrohungen sinkt landesweit. Nicht nur ehrenamtlich Tätige und Verwaltungskräfte sind betroffen, sondern auch ihre Familien, die unter den Einschüchterungen leiden. Viele Betroffene schrecken allerdings vor einer Anzeige zurück“, sagt der CDU-Innenpolitiker Bernd-Carsten Hiebing. „Wir wollen die Menschen dazu ermutigen, den Weg zur Polizei zu suchen. Nur so kann geltendes Recht konsequent durchgesetzt werden.“ „Wenn Einschüchterungen dazu führen, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger von ihren Ämtern zurücktreten oder nicht erneut kandidieren, stellt diese Entwicklung eine Gefährdung für unsere Demokratie dar. Sie zu schützen muss Daueraufgabe von Politik sein“, so Hiebing abschließend.

Seefried: Werden Qualität der KiTa´s verbessern und uns dem Fachkräftemangel entgegenstellen

Hannover. „Im Jahr 2018 haben wir eine der größten familienpolitischen Entscheidungen in der Geschichte Niedersachsens getroffen. Die Eltern unserer Kinder müssen seit dem 1. August 2018 keine KiTa-Gebühren mehr bezahlen. Darauf ruhen wir uns aber nicht aus“, erklärte Bildungspolitiker Kai Seefried in der Landtagsdebatte zur frühkindlichen Bildung. Landespolitik, Kommunen und Träger seien gemeinsam gefordert die frühkindliche Bildung weiter voranzubringen.

„Wir wollen die Qualität der KiTa´s stetig verbessern und werden dazu die Chancen des Gute-Kita-Gesetz nutzen. Besonders dem Fachkräftemangel werden wir begegnen und den Erzieherberuf stärken. Dazu werden wir die Attraktivität der Ausbildung steigern und haben die Schulgeldfreiheit zum 1. August 2019 eingeführt“, so Seefried.



„Wir wollen attraktive und vergütete Wege in das Berufsfeld der Erzieher bieten und stellen uns so den Herausforderungen des Fachkräftemangels. Wir werden das KiTa-Gesetz modernisieren und damit weitere Grundlagen für die Qualitätsentwicklung legen. Dies unterstützt und verstärkt mit dem Gute-KiTa-Gesetz um die frühkindliche Bildung in Niedersachsen voranzubringen“, so der Bildungsexperte.

Schünemann: Retter vor Gericht nicht alleine lassen – Koalition ebnet Weg für Rechtsschutzfonds für Einsatzkräfte in Niedersachsen



Hannover. Vor dem Hintergrund wachsender Übergriffe auf Einsatz-, Rettungs- und Hilfskräfte hat der Niedersächsische Landtag in erster Lesung über die Einrichtung eines Rechtsschutzfonds beraten. Dieser soll sicherstellen, dass betroffene Einsatzkräfte in allen Fällen Rechtsschutz in Anspruch nehmen können – unabhängig davon, ob sie ihre Rechte und Pflichten als Zeuge selbst wahrnehmen können oder nicht. „Die unerträglichen Straftaten gegen Rettungskräfte müssen konsequent verfolgt werden. Dabei dürfen wir diejenigen, die Menschen in Not geholfen haben, vor Gericht nicht alleine lassen“, sagt der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Schünemann.

Damit könnte Niedersachsen das erste Bundesland werden, das den vom Bundesamt für Katastrophenschutz geplanten Rechtsschutzfonds mit Leben füllt. Erste Mittel wurden auf Anregung des Deutschen Feuerwehrverbandes bereits im Bundeshaushalt 2019 bereitgestellt. Im Rahmen einer Anhörung der CDU-Landtagsfraktion hatten die in Niedersachsen tätigen Hilfsorganisationen zuvor ihre Bereitschaft signalisiert, an der konkreten Umsetzung mitzuwirken und für ein Pilotprojekt zur Verfügung zu stehen.

Spahn: Widerspruchslösung wäre Verpflichtung zum aktiven Freiheitsgebrauch

Hannover. „Auf Herz und Nieren – die Zukunft der Organspende“ – das war das Thema beim „Niedersachsen im Gespräch“, der Gesprächsreihe der CDU in Niedersachsen. Rund 200 interessierte Gäste kamen nach Hannover und wurden Teil einer von Beginn an emotionalen und tiefgründigen Debatte. Dr. Bernd Althusmann,



Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen, begrüßte die Gäste und betonte gleich zu Beginn: „Das ist ein hochkomplexes Thema und eine zutiefst ethisch-moralische Angelegenheit. Es ist richtig, dass wir darüber ins Gespräch kommen. Klar ist: In dieser Debatte gibt es kein Richtig und kein Falsch.“

Spahn wirbt für Widerspruchslösung

Bei einer Widerspruchslösung ist automatisch jeder ein potenzieller Organspender, der nicht aktiv widersprochen hat. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn erklärte in seinem Impulsvortrag, warum er eine Widerspruchslösung befürwortet: „In Deutschland sterben durchschnittlich drei

Menschen am Tag, die auf ein Organ angewiesen sind. Es geht mir nicht darum, wie sich jemand entscheidet, sondern dass er sich entscheidet! Die Widerspruchslösung würde eine Verpflichtung zum aktiven Freiheitsgebrauch bedeuten.“ Prof. Dr. Axel Haverich pflichtete dem Gesundheitsminister bei: „Die Widerspruchslösung wäre für die betroffenen Patienten der große Wurf! Deswegen bin ich dem Bundesminister sehr dankbar, dass er den Mut hatte, diesen Vorstoß zu wagen.“ Die Dankbarkeit der Betroffenen und Angehörigen rechtfertigte alle Mühen, so der Leiter des

Transplantationszentrums an der Medizinischen Hochschule Hannover. Spahn machte die Schwierigkeit der Debatte deutlich: „Das ist eine Frage, bei der uns das „C“ im Parteianamen nicht zu dem einen richtigen Ergebnis führt.“

Landesbischof ist skeptisch

Wie zuvor Jens Spahn, betonte auch Landesbischof Ralf Meister, dass man in dieser Debatte das Argument des Gegenübers aushalten und respektieren müsse. „Es geht um die Grundfrage: Was ist der Mensch? Wann beginnt sein Leben, wann endet es?“, verdeutlichte der Protestant. Sein festes Verständnis sei es, dass die Würde des Menschen auch nach dem Tod gelte. „Wenn der Staat ohne das explizite Einverständnis eines Menschen Teile von diesem Menschen entnimmt, vergeht er sich“, begründete er seine Ablehnung gegenüber der Widerspruchslösung. Prof. Dr. Anna Bergmann nahm eine dezidierte Gegenposition ein und stellte das gesamte „System der Organspende“ in Frage. „Bei der Organspende wird das Sterben auf rein medizinische Maßstäbe reduziert. Es gibt zu wenig Aufklärung über Organspenden“, sagte die Kulturhistorikerin. „Für mich ist die zentrale Frage: Was ist Sterben?“

Betroffene im Publikum

Aus dem Publikum meldeten sich Fragesteller aus den Reihen der Befürworter und der Skeptiker. Ein Teilnehmer berichtete von der ausgezeichneten Lebensqualität, die er seit 16 Jahren aufgrund einer transplantierten Leber genieße. Die Frage aus dem Publikum, ob ein Mensch nicht sein Schicksal annehmen und auf eine Transplantation verzichten solle, beantwortete Ralf Meister mit einer Gegenfrage: „Wie würden wir darüber denken, wenn es um unser eigenes Kind ginge?“ Prof. Dr. Axel Haverich unterstrich diese Position: „Wenn man persönlich betroffen ist, ändert sich die Sichtweise.“

In seinem Schlusswort dankte Kai Seefried, Generalsekretär der CDU in Niedersachsen, allen für die offene und leidenschaftliche Debatte. „Ich bin unserer Jungen Union sehr dankbar für den Impuls zu diesem Thema. Wir führen diese Diskussion jetzt innerparteilich weiter. Auf unserem Kleinen Landesparteitag im April werden wir eine Position dazu finden“, kündigte er an.

TERMINE KAI SEEFRIED

- 2. März 14.30 Uhr**
Besuch beim SoVD Deinste in Deinste
- 2. März 19.00 Uhr**
Stader Opernball in Stade
- 6. März 18.30 Uhr**
Politischer Aschermittwoch CDU
Kreisverband Stade in Jork
- 8. März 15.00 Uhr**
Einweihung neues Schulgebäude
Stader Privatschule
- 8. März 20.00 Uhr**
Jahreshauptversammlung
Bürgerverein Assel
- 9. März 15.00 Uhr**
Bezirksschützentag in Ahlerstedt
- 12. März 19.30 Uhr**
Mitgliederversammlung Samt-
gemeindeverband Himmelpforten
- 21. März 17.00 Uhr**
Besuch Minister für Wissenschaft und
Kultur Björn Thümler im Historischen
Kornspeicher in Freiburg/Elbe

TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

- 4. März 14.00 Uhr**
Mitgliederversammlung des
Verbandes der Familienbetriebe Land
und Forst Nds. in Bückeburg
- 6. März 18.30 Uhr**
Politischer Aschermittwoch CDU
Kreisverband Stade in Jork
- 7. März 19.00 Uhr**
Buxtehude im Gespräch mit Mareike
Wulf in Buxtehude
- 8. März 18.00 Uhr**
Eröffnungsfeier Landmaschinen-
betrieb Fricke in Heeslingen
- 8. März 19.00 Uhr**
Grünkohlessen CDU-
Samtgemeindeverband Horneburg
In Horneburg

Die hier dargestellten Termine sind nur eine kleine Auswahl der Termine der beiden Landtagsabgeordneten.

Seefried: Die Grünen wollen nur blockieren

Hannover. Die ablehnende Haltung der niedersächsischen Grünen gegenüber LNG-Terminals kommentiert Kai Seefried, Generalsekretär der CDU in Niedersachsen, wie folgt:

„Mit ihrem Beißreflex beweisen die niedersächsischen Grünen erneut, dass sie nur blockieren wollen. Während sie Fundamentalkritik üben, setzen sich die Grünen in Schleswig-Holstein für einen LNG-Terminal in Brunsbüttel ein. Leider können erneuerbare Energien noch keine einhundertprozentige Energieversorgung gewährleisten. Deswegen müssen wir sowohl an Stromspeichern forschen als auch alternative Antriebstechnologien entwickeln. Die CDU in Niedersachsen bringt Klimaschutz und Versorgungssicherheit in Einklang. Wir stehen neuen Technologien grundsätzlich offen und ohne Ideologie gegenüber. LNG-Gas ist gerade für die niedersächsische Schifffahrt eine sinnvolle Antriebsalternative und dient der Senkung der Stickoxidemissionen. LNG-Terminals in Niedersachsen sind klimafreundlich und stärken die deutsche Unabhängigkeit.“

IMPRESSUM

Herausgeber:
Kai Seefried MdL
Helmut Dammann-Tamke MdL

Anschrift:
Wahlkreisbüro Stade
Am Hinterdeich 4
21680 Stade

Kontakt:
E-Mail: mail@kai-seefried.de
E-Mail: wahlkreisbuero@dammann-tamke.de
Telefon: 04141/ 7976488 oder 7976489

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

Weitere Infos:
www.kai-seefried.de oder www.dammann-tamke.de